SkB Heckeroth wies darauf hin, dass die kostendeckende Finanzierung des Jahrbuches aus der Vorlage ersichtlich sei. Aus diesem Grunde sollte man dies nicht erneut thematisieren.

Abg. Eichner stellte unter Bezugnahme auf die Vorlage die Verwendung der insgesamt 7.500 Exemplare des Jahrbuches dar und wies darauf hin, dass die mit 56.000 € veranschlagten Kosten nur die extern entstehenden Kosten enthielten. Dort seien noch anteilige Personalkosten sowie anteilige sächliche Verwaltungskosten hinzuzurechnen. Abg. Eichner nahm Bezug auf die Haushaltsstellen 3400.4000.2 (Personalausgaben) und 3400.5000.9 (Sächliche Verwaltungsausgaben) und bat die Verwaltung darum, die Höhe der internen Kosten darzulegen, um die vollständigen Aufwendungen je Exemplar des Jahrbuches ermitteln zu können.

Kreisdirektorin Lohr äußerte, man könne für die internen Kosten circa zehn Prozent der Ansätze der genannten Haushaltsstellen einkalkulieren.

SkB Heckeroth warnte davor, unter Einbeziehung der internen Kosten eine Preiserhöhung zu thematisieren. In den meisten Kommunen gebe es vergleichbare Produkte, so dass das Jahrbuch nicht zu einem höheren Preis zu verkaufen sei.

Die Stv. Vorsitzende Thiel erläuterte, es gebe einen Redaktionsausschuss, in dem jede Fraktion vertreten sei. Dieser Ausschuss arbeite gut zusammen; entstehende Diskussionen würden von dort ggf. weiter in die Fraktionen getragen. Die Stv. Vorsitzende Thiel äußerte ihr Unverständnis darüber, dass ein Gremium, das seit einigen Jahren erfolgreich ein präsentables Jahrbuch zu einem annehmbaren Preis hervorbringe, stets in Frage gestellt werde. Sie verstehe sächliche Fragen, aber man müsse auch berücksichtigen, dass mit geringem Aufwand ein sehr gutes Ergebnis erzielt werde.

Auf Frage des Abg. Smielick erläuterte KVOR Land, dass die Autorenhonorare frei verhandelbar seien. In der Regel erhalte ein Autor ein Anerkennungshonorar von 20 Euro je Buchseite; mitunter würden auch Pauschalen vereinbart. Autoren, die aus beruflichem Hintergrund einen Beitrag verfassten, wie beispielsweise Mitarbeiter der Kreisverwaltung, erhielten keine Aufwandsentschädigung.

Abg. Eichner hob hervor, dass die SPD-Fraktion in Erwägung gezogen habe, die Gesamtproduktion des Jahrbuches auszulagern. Aus den vorgelegten Zahlen (auch unter Berücksichtigung der Personal- und sächlichen Verwaltungskosten) gehe jedoch hervor, dass eine Übernahme durch einen Verlag nicht möglich sei, da eine kostendeckende Herstellung auszuschließen sei. Abg. Eichner betonte, er wolle das Jahrbuch weiter in dieser Form; es sei aber notwendig, die tatsächlichen Kosten je Exemplar zu kennen.

Abg. Smielick bat, die veranschlagten Gesamtkosten für das Jahrbuch i. H. v. 56.000 Euro detailliert nach den jeweiligen Kostenarten darzulegen.

KVOR Land wies darauf hin, dass diese Daten nicht öffentlich seien, soweit sie auf vertraglichen Vereinbarungen mit Herrn Zado bzw. Herrn Walterscheid beruhten. Eine entsprechende Auflistung werde der Niederschrift beigelegt (Anhang).